

„Die Frage ist, wer die Krise bezahlen wird“

Die Wirtschaftskrise, die den Erdball schüttelt, ist für Rouge Anlass, seine Spalten für progressive Wirtschaftswissenschaftler zu öffnen. In dieser Woche analysiert Jean-Marie Harribey, Mitvorsitzender von Attac [Frankreich] und Professor an der Universität Bordeaux 4, die Antwort der Regierungen auf die Krise, während Michel Husson, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac [Frankreich], darlegt, welche Forderungen aufgestellt werden sollten.

- *Als wie einschneidend ist die gegenwärtige Krise zu analysieren?*

Jean-Marie Harribey: Die Krise, die vor unseren Augen abrollt, hat ihre Wurzeln in der Struktur des neoliberalen Kapitalismus, wie er sich in den letzten 30 Jahren durchgesetzt hat. Das geflügelte Wort hieß Restauration der Gewinne, auf Kosten der Löhne, und diese Gewinne haben einen extravaganten Konsum der bourgeoisen Klassen und die Platzierung von immer vielfältigeren und ausgetüftelteren Finanzprodukten gespeist, und deren Nutzung fiel umso leichter, als es reichlich Kredit gab. Aber die Erträge an den Börsen können sich nur auf der Grundlage von zunehmendem Mehrwert, der den abhängig Beschäftigten abgepresst wird, dauerhaft entwickeln.

- *Wie sind die Antworten auf die Krise zu interpretieren, die von den Regierungen der kapitalistischen Großmächte kommen?*

J.-M. Harribey: Die Vereinigten Staaten und Europa stecken jetzt weitgehend in einer Sackgasse. Die USA, das Herz des globalisierten Kapitalismus, sehen, wie unhaltbar die Akkumulationsweise ist. Binnenausgaben, die die im Inland produzierten Ressourcen strukturell übersteigen, haben zu einer kolossalen Verschuldung geführt. Was da makroökonomisch zurecht gemacht wurde, gewährleistet mit der Aufforderung „Ein Job reicht nicht, nehmen Sie doch zwei! Zwei Jobs reichen Ihnen nicht, dann verschulden Sie sich!“, war auf die Dauer nicht durchzuhalten. Dieses Modell wird von dem Paulson-Plan nicht in Frage gestellt, der beschränkt sich darauf, die Banken ohne Gegenleistung wieder flüssig zu machen, und er wird durch Anleihen auf den Märkten finanziert, von denen es heißt, sie würden schwächeln... Ganz sicher werden selbständige Fonds Staatsanleihen abnehmen, da ansonsten ihre eigenen Dollarguthaben entwertet würden. Aber die Schuldenspirale wird sich weiter drehen. Was Europa betrifft, so erweist es sich als nicht fähig, Aktivitäten zu koordinieren, abgesehen von dem Aufruf, „die Strukturreformen energisch fortzusetzen“ (Ecofin, 7. Oktober)¹. Und nichts ist logischer bei einer antidemokratischen Europäischen Union, die „die Flexibilität der Arbeit und die Mobilität“ verbessern will und die schönen Versprechen von [sozialer] Sicherheit vergisst.

- *Gibt es zwischen den USA und der EU große Unterschiede? Wie weit können sie bei der Regulierung der Finanzmärkte gehen?*

J.-M. Harribey: Die Regierungen in den USA wie in Europa haben Farbe bekannt. Die Verstaatlichungen der Banken, zu denen sie sich haben entschließen müssen, werden nur vorübergehend sein. Ohne starken Druck der Bevölkerung wird in dem ganzen Getriebe des Finanzkapitalismus nichts Wesentliches in Frage gestellt werden, vor allem nicht der freie Kapitalverkehr. Die Frage ist, wer die Krise bezahlen wird. Zum Teil die Reichen, wenn der soziale Druck ansteigt. Ansonsten die armen und Mittelschichten. Auf alle Fälle besteht für den Süden ein

¹ http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/ecofin/103227.pdf.

großes Risiko, aufgrund der Preissteigerungen für die Rohstoffe und die Nahrungsmittel, und weil wirksame ökologische Maßnahmen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

- *Welche alternativen Ansätze siehst Du?*

J.-M. Harribey: Auf der Ebene der Finanzen: strenge Kontrollen über den Kapitalverkehr müssen wiederhergestellt werden, insbesondere über Steuern; Verbot der Verbriefung² und der Märkte für Derivate; Beseitigung der Steueroasen und öffentliche Kontrolle über den gesamten Bankensektor. Auf sozialer Ebene: In die Verfassungen muss aufgenommen werden, dass der Zuwachs an Reichtum, der den Beschäftigten zufällt (Löhne und Gehälter, Arbeitszeit, soziale Sicherung, gesellschaftliche Bedürfnisse usw.) nie geringer ausfallen darf als der Produktivitätszuwachs; Einführung eines Maximaleinkommens, oberhalb davon findet eine drastische progressive Besteuerung Anwendung; die Nahrungssouveränität muss für alle Völker zu einem Grundrecht werden. Auf der Ebene der Ökologie: Es muss eine demokratische Diskussion darüber geben, dass die wesentlichen Elemente des Leben (Luft, Wasser, nicht erneuerbare Vorkommen, Klima, Wissen usw.) als unveräußerliche öffentliche Güter zu gelten haben, deren Beeinträchtigung muss durch besondere Steuern verhindert oder entgolten werden; in Europa muss ein Programm für erneuerbare Energien auf die Schiene gesetzt werden. Unter diesen Bedingungen, die den Weg zu einer Überwindung des Kapitalismus auf tun, kann der Kampf für die menschliche Emanzipation fortgeführt werden. Marx liegt ja bekanntlich in London begraben. Ich möchte wetten, dass die Gurus der [Londoner] City und der Wall Street Alpträume haben müssen oder aber insgeheim in seinen Werken lesen.

<http://orta.dynalias.org/archivesrouge/article-rouge?id=8711>

² Englisch: securitization, Schaffung von handelbaren Wertpapieren (englisch: securities) aus Forderungen oder Eigentumsrechten im weitesten Sinne.

„Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen“

- *Wie kann man aus dem Dilemma herauskommen, die Banken absaufen zu lassen, mit dem Risiko einer Verschärfung der Krise zu Lasten der abhängig Beschäftigten, oder die Banken zu retten, wobei den gleichen abhängig Beschäftigten die Kosten für die Rettungspakete aufgebürdet werden?*

Michel Husson: Das einzige Mittel, aus diesem Dilemma herauszukommen, wäre eine integrale Verstaatlichung der Banken und Versicherungen. Das ist kein Überbieten, sondern eine kohärente Antwort. „Verstaatlichungen“ machen sie jetzt, aber die beschränken sich auf Beteiligungen, und sie sollen vorübergehend sein. Diese Geldspritzen der öffentlichen Hand werden nur dazu dienen, die Umstrukturierungen zu beschleunigen und letzten Endes die Banken auf dem Rücken der SteuerzahlerInnen wieder in die Gewinnzone zu bringen. Damit die Bücher wirklich offen gelegt werden, damit die wechselseitigen Schuldforderungen konsolidiert werden, damit eine Sichtung stattfindet, damit man nicht die faulen Kredite untergeschoben bekommt, damit Kapitalflucht verhindert wird, müssen sämtliche Banken öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Die Leute, die die Liberalisierungen bereuen, führen jetzt andauernd das Wort „Regulierung“ im Munde. Aber die Regeln werden umgangen werden, wie es stets der Fall gewesen ist, wenn sie nicht direkt durchgesetzt werden. Natürlich sind Maßnahmen wie das Verbot der Steueroasen zu unterstützen, aber man kann nicht darauf vertrauen, dass die internationalen Währungsbehörden die Finanzen dauerhaft regulieren werden. Die Verstaatlichung müsste zur Schaffung eines öffentlichen Finanzpols führen, denn Kredit und Versicherung fallen in den Bereich öffentliche Dienstleistung. Die Krise hat unter Beweis gestellt, dass privates Finanzwesen zur sozialen Katastrophe führt. Es kommt also darauf an, der Idee eines öffentlichen Kreditwesens wieder Geltung zu verschaffen; das hätte die Einführung einer demokratischen Steuerung zur Voraussetzung, mit der das Kreditwesen in den Dienst der gesellschaftlichen Bedürfnisse gestellt wird.

- *Kannst du näher auf den Ansatz eines „sozialen Schutzwalls“ eingehen?*

M. Husson: Die arbeitenden Menschen sind für diese Krise nicht verantwortlich, möglich geworden ist sie vielmehr dadurch, dass den Rentiers mehr Reichtum zugeflossen ist. Es wäre unerträglich, dass die Arbeitenden das zerschlagene Geschirr bezahlen würden, einzig und alleine dafür, dass die Unternehmen weiter Dividenden ausschütten können. Die Idee eines „sozialen Schutzwalls“ ist ein Mittel, um diese Forderung zu unterstreichen. Sie besteht darin, dass die Dividenden auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren und an einen gemeinnützigen Fonds überführt werden. Diese Summen könnten in einem Umfang, der demokratisch zu diskutieren wäre, für den Erhalt der Einkommen der Arbeitslosen und für die Finanzierung der sozialen Sicherung, der Sozialhaushalte und der öffentlichen Dienste verwendet werden: Damit würde über das Verbot von Dividenden das Verbot von Entlassungen finanziert werden können, wie das in dem Buch *Keine Entlassungen mehr*³ vorgeschlagen worden ist. Die Summen, um die es potentiell geht, belaufen sich [in Frankreich] auf 90 Milliarden Euros; das sind 6 % des Bruttoinlandsprodukts, exakt der gleiche Anteil wie die 700 Milliarden Dollar, die der Paulson-Plan in den USA vorsieht.

- *Wie sind diese Vorschläge mit einem längerfristigen Kampf um die Löhne zu verknüpfen?*

³ *Supprimer les licenciements*, Paris: Editions Syllepse, 2006, mit Beiträgen von Laurent Garrouste, Michel Husson, Claude Jacquin u. a.

M. Husson: Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen, einerseits indem sie direkt angezapft werden, andererseits durch Lohnerhöhungen. Unmittelbar gilt es die Idee der gleitenden Lohnskala zu verbreiten, anders gesagt, die Löhne mit einem Preisindex zu versehen, so dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Das ist eine minimale Sofortmassnahme. Man könnte sie ergänzen durch den Vorschlag, dass den Unternehmen die öffentlichen Beihilfen gestrichen werden, die sich nicht an den Index halten. Sicher müssen diese Beihilfen auf längere Sicht ganz wegfallen, aber die genannte Bestimmung hätte den Vorteil, dass sie es möglich macht, dass die lohnabhängig Arbeitenden eine Kontrolle ausüben können, bei der sie den Stand der Kaufkraftentwicklung einschätzen können. Die mit der Krise beginnende Periode muss zur Radikalisierung der Alternativen führen, wobei der Begriff der Kontrolle über die Art und Weise, wie die Auswirkungen der Krise aufgefangen werden, im Zentrum stehen. Man muss sich auf das Gefühl der Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit den Maßnahmen stützen, die nichts anderes zum Ziel haben, als den Verantwortlichen für das Desaster das Fell zu retten. Verstaatlichung und Kontrolle entsprechen diesem Anliegen und stellen zugleich Eingriffe in das Privateigentum dar, die der unmittelbaren Verteidigung gegen die Auswirkungen der Krise einen antikapitalistischen Inhalt geben können.

<http://orta.dynalias.org/archivesrouge/article-rouge?id=8712>

Beide Interviews wurden von Raphaël Duffleaux geführt und in *Rouge*, der Wochenzeitung der Ligue Communiste Révolutionnaire, Nr. 2270, 16.10.2008, veröffentlicht.

Aus dem Französischen übersetzt und mit Anmerkungen von Wilfried Dubois.